

Dipl.-Ing. Friedrich Witzany

Im Sommerlandl 7  
4490 St. Florian 07224/365

24.6.1981

Oö. Rundschau

Herrn

Dr. Friedrich Engelmann

### 1. Gedanken zum Naturschutzgesetz

Nicht nur die Bürger, sondern auch die Verwaltungsbeamten haben alle Hände voll zu tun, damit sie mit der hereingebrochenen Gesetzesflut fertig werden. Man bedenke, in den letzten acht Jahren hat sich der Umfang der Gesetze verdoppelt. Fast immer läuft die praktische Entwicklung und Handhabung der Materie den gesetzlichen Vorschriften davon, und es ist überhaupt zu bezweifeln, ob die Rechnung einmal aufgehen wird, ob sich die Kluft zwischen einem unzulänglichen Ist-Zustand und einer in die Zukunft blickenden Gesetzgebung schließen läßt.

Ein Paradebeispiel ist das in Beratung stehende Oö. Naturschutzgesetz, also wieder ein neues Gesetz, das an sich höchst notwendig wäre. In Oberösterreich, wo das "Wirtschaftsdenken" mehr als in anderen Bundesländern ausgeprägt ist, wird der Schutz von Lebensraum und Natur ohnehin kleiner geschrieben. Und solange zwischen Ökonomie und Ökologie ein unauflösbarer Gegensatz gesehen wird, darf das nicht verwundern.

Wie wäre es sonst zu erklären, daß bereits der dritte Landesrat erfolglos bemüht ist, das neue Naturschutzgesetz im Landtag durchzubringen. Das Interesse der Bevölkerung am Gesetz ist groß, sonst wären nicht so viele Stellungnahmen, Änderungs- und Verbesserungsvorschläge eingelangt. Auf diesem Gebiet sind wir in Oberösterreich übrigens führend, weil sich jeder Bürger einen Gesetzesentwurf holen und ihn kritisieren kann.

Die Interessensgegensätze scheinen unüberwindbar zu sein. Die Vertreter der Wirtschaft sehen sich neuen und einschneidenden Auflagen gegenüber, und - so paradox das klingt - Land- und Forstwirtschaft melden große Bedenken an. Mit dem zugkräftigen

Argument der Arbeitsplatzsicherung werden heute die Belange von Natur, Landschaft und Lebensraum leider noch weiter hinten angestellt, und hoffentlich ist deshalb das Naturschutzgesetz in nicht noch weitere Ferne gerückt.

Wenn man gewillt ist, die Dinge aus größerer Distanz zu betrachten, wird man aber zugestehen müssen, daß es in verschiedenen Bereichen fünf vor zwölf ist, und daß es deshalb höchste Zeit ~~ist~~ für ein modernes Naturschutzgesetz ist, das den Erfordernissen gerecht wird.

Noch wichtiger ist allerdings, daß Politiker und Beamte mutig und aufrichtig genug sind, im Sinn der Gesetze zu handeln. Dort dürfte ~~das~~ die Wurzel für viele Mißstände liegen. Nicht die Qualität von Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften wird das Schicksal der oberösterreichischen Kulturlandschaft und das unseres Lebensraumes bestimmen sondern die Qualität der Verantwortlichen in diesem Land.

## 2. Natur- und Umweltschutz im Schnittpunkt der Interessen

In einer Zeit der wirtschaftlichen Stagnation wird nach Mitteln und Wegen gesucht, wie jener Totpunkt überwunden werden könnte, der sich nach einer jahrzehntelangen Phase von Aufschwung und Wachstum wie von selbst ergeben hat. Daß aber die erfolgreichen Regeln von gestern heute nicht mehr gelten und für eine zukünftige Strategie untauglich sind, das versteht und spürt der einfache Bürger ohne Schwierigkeiten.

Er ist zum Beispiel gegenüber dem, was mit seiner Umwelt, Wohnqualität, Erholungsmöglichkeit usw. geschehen soll, überaus sensibel geworden und beginnt, bisher nicht gekannte Maßstäbe anzulegen. Die vielen Bürgerinitiativen und Schutzgemeinschaften sind ein Signal dafür, daß am mündigen Bürger vorbeigeplant wird, er aber verständlicherweise mitreden und mitentscheiden möchte.

So ist beispielsweise die Bevölkerung von Liebenau, einer bestimmt nicht auf Rosen gebetteten Fremdenverkehrsgemeinde in den Mühlviertler Hochlagen, verunsichert und erbost, daß das Tannermoor an die Chemie Linz AG verkauft werden soll. Ein einzigartiger Erlebnisraum und eine botanische Rarität sondergleichen wären unwiederbringlich zerstört. Hier müßte rasch gehandelt werden, damit das 100 ha große Moor zum Naturschutzgebiet erklärt wird.

Und viele Linzer sind wieder darüber empört, daß die VOEST den Weikerlsee mit Schlacke zuschütten will. Es tobt ein geradezu lächerlicher Streit, ob es sich um ein künstliches oder natürliches Gewässer handelt, davon hänge das weitere Schicksal des Sees wesentlich ab. Tatsache ist, daß er zu einem Biotop geworden ist, an dem nicht nur Fischer und Ornithologen ihre Freude haben sondern auch viele Linzer, die in Stadtnähe Erholung und Ruhe suchen. Nicht nur Verärgerung sondern völliges Unverständnis dürfte der Argumentation der VoEST entgegengebracht werden, daß tausende Arbeitsplätze gefährdet sind, falls die Zerstörung des Weikerlsees nicht gestattet würde. Das Ausspielen von Arbeitsplatzsicherung gegen Naturerhaltung wird sich spätestens dann als fataler Trugschluß herausstellen, wenn Natur und Rohstoffe am Ende sind.

Trotzdem wird man sich einer angemessenen Nutzung nicht verschließen können. Angesichts der Energiesituation wird niemand der ÖMV ernsthaft die Probebohrungen in Grünau im Almtal untersagen wollen. So recht zum Nachdenken regen allerdings die Umstände an, unter denen das Genehmigungsverfahren bisher durchgezogen wird. Es wäre durchaus zu fordern, daß der ÖMV während der Bohrzeit strenge Auflagen gemacht werden und daß deren Einhaltung auch überwacht wird. Wie es scheint, gehen Naturschutzbelange und Bedenken der betroffenen Anrainer unter,

Durchgefallen zu sein, das glauben auch die Radfahrer als alternative Verkehrsteilnehmer in Linz. Daher haben sie wieder eine Raddemonstration abgehalten, in der wieder einmal der Ausbau des Radwegenetzes gefordert wurde. Bei genauerer Durchleuchtung des Radwegenetzes stellte sich nämlich heraus, daß nicht annähernd so viele Kilometer Radwege vorhanden sind als in den Magistratsaufzeichnungen aufscheinen. Ganz allgemein muß zugestanden werden, daß man dem Fahrrad gerade im städtischen Verkehr immer mehr Aufmerksamkeit schenkt.

Die Planer von Autobahnen, wo es nicht um Millionen sondern um Milliarden geht, sind aus bauökonomischen Gründen noch nicht so entgegenkommend. So blieben zum Beispiel die über 50 Einwendungen von Leuten aus Spital am Pyhrn völlig unberücksichtigt, die eine Verschiebung der Trasse der Pyhrn-Autobahn verlangten, damit nicht guter landwirtschaftlicher Boden in so hehem Maße verloren geht. So entstehen von Bauabschnitt zu Bauabschnitt erbitterte Weinsager, die sich womöglich entlang der Trasse zu einer schlagkräftigen Schutzgemeinschaft zusammenfinden werden. In Klaus wurden bekanntlich die Vermesser bei ihrer Arbeit verjagt. Bevor man es auf solche Exzesse ankommen läßt, müßte das Ministerium den Mut haben, eine Umweltverträglichkeitsprüfung anzuordnen, bei der alle Grundlagen, auch die sozio-ökonomischen und die biologischen, erarbeitet werden. Politiker und Bürger könnten sich dadurch viele Unannehmlichkeiten ersparen.

Eine Menge Konfliktstoff könnte abgebaut werden, wenn die Grundlagenforschung wichtiger eingestuft würde und es verbindliche Aussagen und Richtlinien zum Thema Natur- und Umweltschutz gäbe. So müßten in einem Raumordnungskonzept



beispielsweise einmal die unantastbaren Naherholungszonen ausgewiesen werden, jene Fluß- und Bachstrecken, die weder reguliert noch durch Kraftwerke genutzt werden dürften usw. Es müßte endlich eine landschaftsgerechte Methode der Flurbereinigung zur Norm erhoben werden, damit der Ausräumung der Landschaft ein Riegel vorgeschoben wird.

Die Interessenskreise innerhalb einer Gesellschaft sind weitläufig, überdecken einander aber zum Teil. Leider liegen die Ansprüche von Natur, Landschaft und Umwelt fast immer an neuralgischen Schnittpunkten, deren Bedeutung insofern unterschätzt wird, als die Natur keinen Anwalt hat, der ihre Ansprüche lautstark vertreten könnte. Sie rächt sich auf ihre Art, langmütig aber unerbittlich.